

Sexuelle Gewalt bedeutet oft Lebensgefahr

GENÈVE. Zwei Millionen Frauen und Mädchen werden jährlich Opfer sexueller Gewalt, die meisten von ihnen in Afrika. Dies geht aus einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hervor. Neben den afrikanischen Ländern sind nach Feststellung der WHO auch Asien und in zunehmendem Maße Europa, Australien und die USA betroffen.

Aus dem Bericht geht hervor, daß frühe Heirat, Kinderprostitution, sexuelle Verstümmelung und Vergewaltigungen in vielen Fällen eine Lebensgefahr darstellen. In einigen Regionen in Asien ist die Sterblichkeit von Mädchen, die bereits im Alter von zehn bis 14 Jahren Kinder zur Welt bringen, fünf Mal höher als bei Müttern im Alter von 20 bis 24 Jahren. Jährlich sterben nach den WHO-Angaben weltweit 70 000 Frauen infolge von Abtreibungen. Außerdem seien in Afrika und Asien 30 Prozent der AIDS-Kranken Frauen unter 25 Jahren. afp

Abtreibungsgegner des doppelten Mordes schuldig

PENSACOLA. Der militante Abtreibungsgegner Paul Hill ist von einem Gericht in Florida des doppelten Mordes für schuldig befunden worden.

Hill, ein ehemaliger Pfarrer, hatte am 29. Juli den 74 Jahre alten Arzt John Barrett und dessen 69jährigen Leibwächter erschossen. Er hatte den beiden Männern vor einer Klinik aufgelauert, in der Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Ihm drohen jetzt entweder lebenslängliche Haft oder die Todesstrafe auf dem elektrischen Stuhl.

Bereits am 5. Oktober hatte ein Bundesgericht den

ehemaligen Pfarrer für schuldig befunden, gegen ein neues Gesetz verstoßen zu haben, das die gewaltsame Behinderung des Zugangs zu Abtreibungskliniken unter Strafe stellt. Wegen dieses Vergehens droht Hill ebenfalls eine lebenslängliche Gefängnisstrafe. afp

EU-Parlament kritisiert Eugenik in China

STRASSBURG. Heftige Kritik an dem kürzlich verabschiedeten Eugenik-Gesetz in China hat das Europa-Parlament in Straßburg geübt. Das darin vorgesehene Heiratsverbot für Partner mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sei „abwegig“ und eine „gefährliche Verletzung der grundlegenden Menschenrechte und der Würde des Einzelnen“, stellten die Abgeordneten in einer Resolution fest. Wohin solche staatlichen Eugenikprogramme führten, zeige nicht zuletzt die Geschichte Europas, heißt es darin in Anspielung auf die im Dritten Reich praktizierte Euthanasie.

Die Versuche der chinesischen Regierung, das Privatleben Behinderter zu reglementieren, diskriminiere diese ohnehin benachteiligte Gruppe noch zusätzlich. Das Ende Oktober verabschiedete „Gesundheitsfürsorgegesetz für Mutter und Baby“ zielt laut offiziellen chinesischen Angaben auf die „Verbesserung der Qualität der Bevölkerung“, indem die Geburtenrate Behinderter gesenkt werden soll. afp

Umgang mit Ausländern in Belgien scharf kritisiert

STRASSBURG. Das Anti-Folter-Komitee des Europarates hat massive Kritik an der Behandlung von Ausländern durch die belgischen Ordnungskräfte geübt. Bei ihrem Informationsbesuch im vergangenen November

hätten sie zahlreiche Klagen über körperliche Mißhandlungen beim Verhör oder bei der Abschiebung durch die städtische Polizei oder die Gendarmerie gehört, erklärten die Mitglieder in einem jüngst veröffentlichten Bericht.

Auch die Bedingungen der Abschiebehaft wurden von den Mitgliedern des Komitees beanstandet. Teilweise herrschten „erbärmliche hygienische Zustände“. In einigen Gefängnissen sei der Strafvollzug geradezu „unmenschlich und entwürdigend“.

Selbst zwölfjährige Kinder würden inhaftiert, heißt es in dem Bericht. Einem belgischen Gesetz aus dem Jahr 1965 zufolge können Kinder in diesem Alter, die einer Straftat verdächtigt werden, bis zu 15 Tage ins Gefängnis gebracht werden, falls sich keine andere Institution findet, die sie aufnimmt. afp

Straßburg billigt gentechnisches Forschungsprogramm

STRASSBURG. Das Europa-Parlament hat ein medizinisches Forschungsprogramm der Europäischen Union gebilligt, das auch Fortschritten bei der Gentechnik dienen soll. Das mit 336 Millionen ECU (rund 640 Millionen Mark) dotierte Programm soll in erster Linie zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und anderen Infektionskrankheiten, sowie für die Hirnforschung und die Forschung über das menschliche Genom eingesetzt werden. Ein anderer Schwerpunkt soll die Erforschung von Kausalzusammenhängen zwischen Umweltbelastungen und dem Entstehen von Krebs sein. Gefördert werden sollen auch Forschungsprojekte zur somatischen Gentherapie.

Ausdrücklich ausgeschlossen werden in dem Programm Forschungsvorhaben, die auf eine Verände-

rung des menschlichen genetischen Erbes (Keimbahntherapie) abzielen. Auch gentechnische Eingriffe im embryonalen Entwicklungsstadium, die eine Vererbbarkeit der veränderten Gene möglich machen, sollen nicht aus Mitteln des Programms gefördert werden. Das Forschungsvorhaben soll dabei die Grundsätze der geplanten Bioethik-Konvention des Europarats achten. afp

Französischer Senat will AIDS-Test für alle

PARIS. Bis Ende nächsten Jahres sollen sich nach dem Willen des französischen Senats alle in Frankreich lebenden Personen einem AIDS-Test unterziehen. Die zweite Parlamentskammer forderte die Regierung auf, eine entsprechende Verordnung auf den Weg zu bringen. Mehrere Abgeordnete verwiesen darauf, daß nach Schätzungen in Frankreich rund 150 000 Menschen mit dem HI-Virus infiziert sind. Zudem waren 31 344 AIDS-Fälle registriert.

Jetzt muß sich die Abgeordnetenversammlung mit dem Beschluß des Senats befassen. Das Gesundheitsministerium hat einen AIDS-Test für alle abgelehnt. afp

Klinische Tätigkeit in Brasilien

KÖLN. Die Deutsch-Brasilianische Gesellschaft für Medizin e.V. (DBGM) unterhält seit 14 Jahren ein Austauschprogramm für klinische Medizin, bei dem Hospitationsplätze für Ärzte sowie Famulaturplätze für Medizinstudenten in Brasilien vermittelt werden. Das Programm bezieht sich auf alle medizinischen Fachgebiete und setzt portugiesische Sprachkenntnisse nicht voraus.

Informationen: DBGM, Avenida Luciano Carneiro 869, 60410-690 Fortaleza – CE, Brasilien, Telefon-Nummer: 0055 85/272-79 00. EB